

07.12.2007

## **Bundesfinanzministerium entspricht Länderwünschen Steuervorteil für Tagesmütter um ein Jahr verlängert**

Die rund 30.000 Tagesmütter, die derzeit aus öffentlichen Kassen bezahlt werden, müssen auch 2008 auf diese Einkünfte keine Einkommensteuer bezahlen.

Nicolette Kressl, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, sagte zur Entscheidung: *„Die Länder hatten die Regelung initiiert, daher ist zu respektieren, wenn sie das Inkrafttreten jetzt aufschieben möchten. Wir sperren uns nicht gegen den Beschluss der Finanzministerkonferenz. Es bleibt zu hoffen, dass sich in der knappen Frist bis Ende Juni 2008, die sich die Länder gesetzt haben, eine Lösung finden lässt, die den Interessen aller Betroffenen gerecht wird. Mit einem Schnellschuss unter Zeitnot ist niemandem gedient. Der Bund hatte dafür plädiert, sich hierfür mehr Zeit zu nehmen.“*

Tagesmütter, die im Auftrag der Kommunen ein oder mehrere Kleinkinder betreuen, müssen damit vorerst keine Steuern und Sozialabgaben entrichten. Privat beauftragte Tagesmütter sind und bleiben steuer- und abgabepflichtig.

Diese Ungleichbehandlung wollten die Länder ursprünglich vom Bund abschaffen lassen. Im Mai 2007 erging daher eine gemeinsame Verwaltungsanweisung des Bundes und der Länder, nach der alle Tagesmütter ab 1.1.2008 steuerlich gleichgestellt werden sollten.

Auf ihrer Sitzung am 6.12.2007 schlugen die Länderfinanzminister nun vor, die Änderung zu verschieben. Das Bundesfinanzministerium unterstützt das Anliegen, eine familienfreundliche Infrastruktur mit Kinderbetreuung für unter Dreijährige auszubauen. Gleichzeitig bleibt die steuerliche Gleichstellung der Tagesmütter auf der Tagesordnung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

[http://www.bundesfinanzministerium.de/cln\\_05/nn\\_3380/DE/Aktuelles/075.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_05/nn_3380/DE/Aktuelles/075.html)



MDg Christoph Weiser  
Unterabteilungsleiter IV C

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

**Vorab per E-Mail**

Oberste Finanzbehörden  
der Länder

nachrichtlich:

Bundesministerium für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend

Bundeszentralamt für Steuern

Vertretungen der Länder  
beim Bund

Bundesrechnungshof

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 1888 682-0

E-MAIL poststelle@bmf.bund.de

TELEX 886645

DATUM 17. Dezember 2007

BETREFF **Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Geldleistungen für Kinder in  
Kindertagespflege**

BEZUG Sitzung mit den für die Einkommensteuer zuständigen Vertretern der obersten  
Finanzbehörden der Länder vom 12. bis 14. Dezember 2007 in Berlin (ESt VII/07, TOP 13)

GZ **IV C 3 - S 2342/07/0001**

DOK **2007/0586083**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Nach dem Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder gilt für in  
der Kindertagespflege vereinnahmte Gelder Folgendes:

Bei der Kindertagespflege nach § 22 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) soll eine Tages-  
pflegeperson ein einer Kindertagesstätte ähnliches Angebot im familiären Rahmen bieten.  
Die Kindertagespflege erfolgt im Haushalt der Kindertagespflegeperson, der Personensorge-  
berechtigten des Kindes oder in anderen geeigneten Räumen. Betreut die Tagespflegeperson  
Kinder verschiedener Personensorgeberechtigter im eigenen Haushalt oder in anderen Räu-  
men eigenverantwortlich, handelt es sich um eine selbständige Tätigkeit, da sie vorrangig auf  
die Erzielung von Einkünften ausgerichtet ist.

Nach § 23 SGB VIII erhält die Tagespflegeperson eine laufende Geldleistung, die neben der  
Erstattung des Sachaufwands die Förderungsleistung der Tagespflegeperson anerkennen soll.

Diese Geldleistung ist als steuerpflichtige Einnahme aus freiberuflicher Tätigkeit im Sinne des § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG zu qualifizieren. Dies gilt unabhängig von der Anzahl der betreuten Kinder und von der Herkunft der vereinnahmten Mittel; § 3 Nr. 11 und 26 EStG ist nicht anwendbar. Betreut die Tagespflegeperson ein Kind jedoch in dessen Familie nach Weisungen der Personensorgeberechtigten, ist sie in der Regel Arbeitnehmer, die Personensorgeberechtigten sind die Arbeitgeber.

Der Tagespflegeperson werden nachgewiesene Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie hälftig die nachgewiesenen Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung vom Träger der Jugendhilfe erstattet. Diese Erstattungen gehören zu den steuerpflichtigen Einnahmen.

Bei der Ermittlung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit wird aus Vereinfachungsgründen zugelassen, dass anstelle der tatsächlichen Betriebsausgaben von den erzielten Einnahmen 300 € je Kind und Monat pauschal als Betriebsausgaben abgezogen werden. Diese Pauschale bezieht sich auf eine Betreuungszeit von 8 Stunden und mehr pro Kind und Tag. Sie ist bei geringerer Betreuungszeit anteilig zu kürzen. Findet die Betreuung im Haushalt der Personensorgeberechtigten oder in unentgeltlich zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten als selbständige Tätigkeit statt, kann die Betriebsausgabenpauschale nicht abgezogen werden. Die Betriebsausgabenpauschale darf nur bis zur Höhe der Betriebseinnahmen abgezogen werden.

Der Tagespflegeperson bleibt es unbenommen, die tatsächlichen Aufwendungen nachzuweisen; dazu gehören zum Beispiel folgende tätigkeitsbezogene Aufwendungen für

- Nahrungsmittel, Ausstattungsgegenstände (Möbiliar), Beschäftigungsmaterialien, Fachliteratur, Hygieneartikel,
- Miete und Betriebskosten der zur Kinderbetreuung genutzten Räumlichkeiten,
- Kommunikationskosten,
- Weiterbildungskosten,
- Beiträge für Versicherungen, soweit unmittelbar mit der Tätigkeit im Zusammenhang stehend,
- Fahrtkosten,
- Freizeitgestaltung.

Dieses Schreiben ersetzt ab dem Veranlagungszeitraum 2009 die BMF-Schreiben vom 20. Januar 1984 (BStBl I, S. 134), vom 1. August 1988 (BStBl I, S. 329) und vom 7. Februar 1990 (BStBl I, S. 109). Die Schreiben vom 13. April 2007 - IV C 3 - S 2342/07/0001 - und vom 24. Mai 2007 (BStBl I, S. 487) werden aufgehoben.

Dieses Schreiben wird im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht.

Im Auftrag  
Weiser